

01) Im Westen nichts Neues

Ein Gastbeitrag von Dr. Norbert van Handel (Steinerkirchen/Traun) *)

20. 09. 2021



Dr. Norbert van Handel

Auch wenn Deutschland gerade – und seit Wochen – nichts anderes als die Wahlen im Kopf hat, die zugegebener Maßen mehr als wichtig sind und Frankreich sich auf die Wahlen im nächsten Jahr vorbereitet, sollte man die Außenpolitik nicht vergessen. Diesbezüglich hat Frau **Von der Leyen** etwas exaltiert und theatralisch, wie immer, kürzlich ihre Rede zur Zukunft Europas (State of the Union) gehalten.

Sie kündete nicht viel Neues an:

- Eine „**Gesundheitsunion**“ (als ob sich die EU bei der Beschaffung und Zuteilung von Medikamenten besonders ausgezeichnet hätte). Alles in allem heißt es **mehr Bürokratie und mehr Europa** in einem Feld, das die einzelnen Länder mit Sicherheit besser beackern können.
- Ernster ist, dass ein Militärgipfel, vor allem zur Analyse des afghanischen Desasters aber auch zur Verteidigung Europas, mit der NATO geplant ist. Anstatt sich schön langsam von dieser Angriffsorganisation der USA zu trennen, versucht Frau **Von der Leyen** anscheinend eine noch **engere Verbindung der nicht vorhandenen europäischen Verteidigung** mit der NATO zu knüpfen. Länder, die sich nicht selbst verteidigen wollen, sind in Wirklichkeit nicht wert zu existieren.

Dass inzwischen die USA mit Australien und Großbritannien das indopazifische Abenteuer eingegangen, die Franzosen brüskiert und China völlig unnötig provoziert hat, konnte Frau **Von der Leyen** noch nicht wissen. Sie und die Union haben ja wenig Ahnung, was wirklich auf der Welt geschieht und geschehen ist. **Dass Biden,**

wesentlich ärger als Trump vorher, sehr wohl die Rolle der USA als Weltpolizist, die Trump maßgeblich reduzieren wollte, wieder aufgenommen hat, ist einen Tatsache. Statt dass Von der Leyen sich nach dem Desaster in Afghanistan merkbar von der Politik der USA distanziert, scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Leute mit einem gesunden Menschenverstand können nur die Köpfe schütteln.

- Natürlich musste auch der **Klimawandel** kommen, allerdings mit der sich selbst entlarvenden Bemerkung, dass die 27 Mitglieder bezüglich der Umsetzung uneinig wären – wen verwundert das? Zwar weiß jeder, dass der Klimawandel vorhanden ist, keiner aber inwieweit er tatsächlich menschengemacht ist. Bevor man dies weiß, **sollte man nicht das industrielle Potential Europas zerstören**. Vor allem dann nicht, wenn man weiß, dass die gescheiterte Energiewende von Frau **Merkel** uns noch Jahrzehntelang Milliarden kosten wird.

Hätte man wirklich Interesse am Planeten, könnte man vieles tun:

- Etwa ein innovatives Projekt zur **Verwertung des Kunststoffmülls** und auch zur Säuberung der Ozeane. Korrespondenzpartner informierten uns, dass diesbezüglich schon Projekte vorliegen würden, die einfach umgesetzt werden könnten.
- Zeitweisen **Stopp der Fischerei für drei bis vier Jahre** in gewissen Teilen des Ozeans, da sonst die Fischbestände auf nimmer Wiedersehen verschwinden. Diese erholen sich jedoch relativ rasch, wenn man sie einige Zeit in Ruhe lässt.
- **Stopp aller Verträge mit Präsident Jair Bolsonaro** in Brasilien, solange er weiter den Regenwald schlägern lässt und solange die Rindfleischimporte, die vor allem die kleinteilige Landwirtschaft belastet, nicht kräftig reduziert werden.
- Maßnahmen gegen das grausame und **sinnlose Töten von Delphinen** in den zu Dänemark gehörende Färöer Inseln.
- **Die Stärkung der kleinteiligen Landwirtschaften Süd- und Ostmitteleuropas** gegenüber der Marktmacht der fast monopolartigen Handelsbetriebe, die von der Wirtschaftskammer vertreten werden.

Außenpolitik

- Frau **Von der Leyen** hütete sich natürlich die kaum vorhandene Außenpolitik der EU zu erwähnen, **die endlich sinnvolle Gespräche mit Russland und auch China beginnen müsste**. Die **EU** sollte sich als **Partner und nicht als Oberlehrer** gerieren, dann hätte sie die Chance gehört zu werden.
- **Konstruktive Überlegungen zur Immigrantfrage kamen nicht**. Außer, dass Abschiebungen oft schwer möglich wären. Was für ein Blödsinn! Man sollte halt endlich, wie schon des öfteren an dieser Stelle vorgeschlagen, überwachte Flüchtlingscamps, am besten außerhalb Europas, errichten, um Zug um Zug und in Ruhe prüfen zu können, wer herein darf und wer nicht. Dänemark kann hier als Beispiel gelten. **Sogar Bill Gates meinte kürzlich, dass Europa seine Häfen schließen muss**, wenn es nicht mit Afrikanern überschwemmt werden will. Keine neue aber eine richtige Erkenntnis von einer Seite, die verwundert.
- Natürlich kam auch wieder ein Seitenhieb auf die osteuropäischen Länder, der uns veranlasst nochmals auf unsere Vorschläge zurückzukommen:
 - einerseits eine **mitteleuropäische Allianz innerhalb der EU** zu errichten und

– andererseits zu überlegen **die EU in eine Ost- und eine West EU** zu trennen, denn es wird immer so sein, dass die christlich orientierten Länder Süd- und Ostmitteleuropas nicht mit den Ländern Westeuropas in einen Topf geworfen werden wollen.

Unser diesbezüglicher Vorschlag brachte eine Menge positiver Meldungen. Süd- und Ostmitteleuropäer, die den Kommunismus jahrzehntelang genossen haben, **möchten weder Sklaven der LGBTQ-Bewegung werden, noch von einem völlig wertelosen Westeuropa unterjocht werden.**

Gemeinsamer Nenner einer Ost- und einer West EU könnten immer noch jene headlines sein, die seinerzeit zur Gründung der EWG führten:

- **Frieden in Europa und**
- **die vier großen Freiheiten** (freier Geldverkehr, freier Warenverkehr, freier Dienstleistungsverkehr und freier Personenverkehr).

Alles dies wird in nächster Zeit nicht geschehen, wenn sich die kleineren Länder nicht zusammenschließen.

Die EU wird weiterhin der ungeliebte Moloch bleiben, der er heute geworden ist und kein einziges wichtiges Problem in Europa lösen.

Während die USA wenigstens noch vorgeben, **moralisch** handeln zu wollen, **fehlt dieses Wort im Sprachschatz der EU.**

Das deutsche Wahlergebnis wird monatelange Regierungsverhandlungen nach sich ziehen und mitten in die französischen Wahlen hineinfallen.

Das heißt, dass die EU kaum handlungsfähig sein wird.

Vielleicht eine Chance für Europa?

*) Webseite des Gastautors: norbert.vanhandel.at/

* * *

M7 – ein Mitteleuropa der Sieben

In der EU müssen endlich die kleinen christlichen Länder gegen den großen linksliberalen Mainstream auftreten.

Deshalb ist M7 – Mitteleuropa der Sieben – eine Gruppe aus Visegrád-Staaten, Österreich, Kroatien und Slowenien in der EU so wichtig.

Wir werden mit allen Mitteln daran arbeiten müssen, dass dies auch Wirklichkeit wird, sonst sind wir langfristig auf der Verliererstraße.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Gas-Krise oder Krise der Energiewende?

27. 09. 2021



In den letzten Tagen häufen sich Meldungen in den Mainstreammedien, dass das Gas in Europa knapp wird!

Geht man diesen Meldungen nach, so findet man folgende Behauptungen:

- Die Gasspeicher seien „leer“, wobei das Adjektiv „leer“ auch schon bedeuten kann, dass die Gasspeicher nur zum Teil gefüllt sind
- Die Preise steigen dramatisch
- Gazprom hat weniger Gas geliefert

Letzteres ist schnell widerlegt, da Gazprom immer vertragsgemäß Gas geliefert hat. Wenn zu wenig Gas aus Russland kommt, war eben zu wenig geordert worden. Allerdings haben die Verträge mit Gazprom einen kleinen Haken: es sind sogenannte „[Take-or-Pay-Verträge](#)“, bei denen man das was geordert wurde, in jedem Falle bezahlen muss, auch wenn das Gas nicht zur Gänze abgenommen wurde. Wie weiter unten gezeigt wird, steigt die Unsicherheit über das benötigte Gas durch die „Energiewende“. Es kann also sein, dass man am Ende des Tages entweder zu wenig Gas hat, oder zu viel bezahlen muss.

Zu den steigenden Gaspreisen muss man allerdings sagen, über welchen Preis man spricht: Auf dem [Spotmarkt, also dem Markt für kurzfristig verfügbares Gas](#) ist der Gaspreis derzeit fast fünfmal so hoch wie auf der [Gasbörse NYMEX](#), wo langfristige Kontrakte gehandelt werden.

Zum Vergleich: auf dem Spotmarkt werden die Gaspreise in Euro/MWh gehandelt, derzeit etwa 70 Euro/MWh. Auf der Gasbörse NYMEX wird Gas in Million British Thermal Unit

(mmBtu) gehandelt, derzeit etwa 4,47 Euro. Dabei entspricht diese Einheit 293,071KWh, oder 0,293 MWh. Die 4,47 Euro/mmBtu entsprechen somit 15,25 Euro/MWh, also etwa ein Fünftel des Preises am Spotmarkt!

Betrachtet man längerfristige Charts, so sind die Gaspreise an der NYMEX zwar Höchstpreise, jedoch hat es nahezu so hohe Preise schon 2019 gegeben. Was sich aber dramatisch geändert hat, sind also nicht die Gaspreise an der NYMEX, sondern der Spread zwischen dem Spotmarkt und der normalen Börse. Von diesen hohen Preisen auf dem Spotmarkt sind Gasversorger betroffen, die über keine Vorräte verfügen und sich in ihren Dispositionen einfach verzockt und nicht rechtzeitig das für ihre Kunden notwendige Gas geordert hatten. Davon sind beispielsweise [englische Versorger](#) oder auch schweizerische Versorger betroffen.

Wie konnte es zu dieser Fehleinschätzung einiger Marktteilnehmer kommen?

- Offenbar haben einige Akteure die Tatsache verschlafen, dass Deutschland im laufenden Jahr Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von fast 9000 MW endgültig abschalten wird. Bis 2020 wurden bereits Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 11000 MW abgeschaltet. Tendenziell führt dies zu einem Anstieg der Gasverstromung. Einige der abgeschalteten Kraftwerke werden in Zukunft mit Gas weiterbetrieben. Hinzu kommt, dass eine Reihe von neuen Gaskraftwerken in Deutschland geplant sind.
- Das erste Halbjahr 2021 war [windschwach](#). Der Windstromertrag brach um 20,5% ein, was wieder nur durch mehr Gasverstromung ausgeglichen werden konnte.
- Der vergangene Winter war kalt und daher der Gasverbrauch hoch. Die „Gas-Krise“ ist somit in der Hauptsache eine Folge der „Energiewende“ und des naiven Glaubens, dass eine Energieversorgung nur mit Windrädern und Photovoltaikanlagen möglich sei.

Windräder und Photovoltaikanlagen können nur helfen, begrenzte Ressourcen von Gas, Kohle und Öl zu schonen, nicht jedoch die Basis für eine Energieversorgung sein.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Janez Janša spricht vor ungarischen Medien über Demografie und Migration: „Kein Europa ohne Europäer“

26. 09. 2021



Der slowenische Ministerpräsident Janez Janša wurde auf dem Demografie-Gipfel in Budapest von Mariann Óry, der außenpolitischen Redakteurin von Magyar Hírlap, interviewt, die auch für die Zeitschrift Demokracija schreibt · Foto: Regierung der Republik Slowenien

Der slowenische Premierminister Janez Janša nahm gestern am Demografiegipfel in Budapest teil. Während seines Besuchs in der ungarischen Hauptstadt gab er auch ein Interview mit der ungarischen Zeitung Magyar Hírlap, in dem er die Bedeutung der Förderung von Familien und Familienwerten hervorhob.

„Es ist klar, dass die Unterstützung von Familien eine Priorität sein muss“, sagte Janša und merkte an, dass die EU-Länder in den letzten Jahrzehnten das Thema Demografie vernachlässigt haben, das aber dennoch von entscheidender Bedeutung ist. „Wenn es keine Menschen gibt, gibt es nichts. Ohne Europäer gibt es kein Europa, ohne Ungarn gibt es kein Ungarn, ohne Slowenen gibt es kein Slowenien“, betonte der slowenische Premierminister. Er fügte hinzu, dass es in der Geschichte Beispiele für die friedliche Koexistenz verschiedener Völker gegeben habe, warnte jedoch davor, dass eine erzwungene Vermischung meist zu Konflikten und Krieg führe. „Daraus müssen wir lernen. Betrachtet man die demografische Entwicklung, so macht Europa nur 6 % der Weltbevölkerung aus, und gleichzeitig nimmt seine Bevölkerung ab. Gleichzeitig nimmt die Bevölkerung im benachbarten Afrika zu. Wenn wir unsere Grenzen öffnen, wird Europa verschwinden“, sagte er den ungarischen Medien.

In dem Interview ging Janša auch auf das brennende Thema der neuen Migrantenzug aus Afghanistan ein und bekräftigte, dass er keine Wiederholung der Migrantenzug von 2015

wolle. Erinnern wir uns daran, dass während der durch die Ereignisse in Syrien ausgelösten Migrantenkrisen massenhaft Männer im wehrfähigen Alter nach Europa kamen, nicht Frauen und Kinder.“ Er fügte hinzu, dass die Schleusung von Migranten vor allem ein großes Geschäft sei. „Wir können dieses Problem nicht allein lösen, wir brauchen die Zusammenarbeit der westlichen Balkanländer, und deshalb ist ihre Integration in die EU so wichtig“, fügte er hinzu.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Europäische Linksliberale drohen, die Debatte über die „Rechtsstaatlichkeit“ anzuheizen

Auch Brüssel könnte durch den Abgang von Angela Merkel erschüttert werden

Von Judit Tamara

24. 09. 2021



Angela Merkel und Ursula Van der Leyen - Foto: Zucchi Enzo / Europarat

Eine Verschärfung der Rechtsstaatsdebatte und eine Neuordnung des Kräfteverhältnisses in der EU könnten die Folge sein, wenn die Linke in Deutschland an die Macht kommt. Die europäischen Liberalen haben bereits davor gewarnt, dass dann stärkere Winde in Richtung

Mitteleuropa wehen könnten. Und die deutschen Wahlen haben eine sichere Verliererin in Brüssel: Ursula von der Leyen, die die erste Person in der Europäischen Kommission unter Angela Merkels Kompromissarbeitsmethode wurde.

Nach den gestern veröffentlichten Daten des Meinungsforschungsinstituts Kantar, die in der vergangenen Woche erhoben wurden, besteht bei den christlichen Unionsparteien nach wie vor Anlass zur Sorge: Wenige Tage vor der Bundestagswahl unterstützen 25 Prozent der Befragten die Sozialdemokraten und 21 Prozent würden für das konservative CDU/CSU-Bündnis stimmen. Die deutschen Grünen könnten der Kantar-Umfrage zufolge mit sechzehn Prozent Zustimmung knapp dahinter auf Platz drei landen. Die Beliebtheit der CDU/CSU stieg erst Mitte September wieder über 20 Prozent, während ihr Kanzlerkandidat Armin Laschet in allen drei Fernsehdebatten der Bewerber hinter dem Linkskandidaten Olaf Scholz landete.

Der Ausgang der Abstimmung am Sonntag wird auch in Brüssel mit Argusaugen beobachtet, wo die Nach-Merkel-Ära nicht nur die Machtverhältnisse in der EU durcheinander bringen, sondern auch personelle Veränderungen mit sich bringen könnte.

Als treibende Kraft der EU hat Deutschland eine offensichtliche Rolle bei der Gestaltung der europäischen Politik zu spielen, und die Kompromissbereitschaft der scheidenden Kanzlerin und ihr ständiges Bemühen um die Einheit der Integration werden von der Brüsseler Presse als „legendär“ bezeichnet.

Dies war das greifbare Ergebnis der jüngsten Einigung über das gigantische Finanzpaket der EU in Höhe von 1.800 Milliarden Euro und davor über die Vergabe der europäischen Spitzenposten für 2019. Die Leser werden sich vielleicht daran erinnern, dass auf dem EU-Gipfel im Dezember letzten Jahres das ungarische und das polnische Haushaltsveto sowie der Rechtsstaatlichkeitsstreit unter der Schirmherrschaft der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vorübergehend beigelegt wurden. Kein Wunder also, dass sich die linksliberale Seite der europäischen Politik seit Monaten die Zähne ausbeißt, um sich auf die Möglichkeit eines linken Kanzlers vorzubereiten: Auf Euronews versprachen linke und grüne Europaabgeordnete neulich, dass eine gemeinsame Berliner Regierung einen grundlegenden Richtungswechsel in der EU bringen könnte. Ein langjähriger Kritiker der ungarischen Regierung, der deutsche Europaabgeordnete der Grünen, Sergej Lagodinsky, forderte ausdrücklich eine Wiederbelebung der Rechtsstaatlichkeitsdebatte und meinte, dass

ein sozialdemokratischer Führer den Wind aus Brüssel in Richtung Ostmitteleuropa verstärken wird.

Der ehemalige politische Berater des polnischen Premierministers Mateusz Morawiecki hat diese Möglichkeit gegenüber der Deutschen Welle nicht bestritten und gesagt, dass die in Ostdeutschland geborene Merkel trotz der Kontroversen eine Kanzlerin sei, die „die Polen versteht“. Armin Laschet, der Kanzlerkandidat der CDU, versprach kürzlich in Warschau, dass er selbst eine praktische Lösung für den Rechtsstaatlichkeitsstreit finden wolle.

Während der Ausgang des letztgenannten Verfahrens noch offen ist, sehen Analysten Ursula von der Leyen, die derzeitige Präsidentin der Europäischen Kommission, als klare Verliererin der Nach-Merkel-Ära. Es sei daran erinnert, dass Von der Leyens Aufstieg an die Macht auch das Ergebnis von Merkels kompromissbarem Ansatz bei der Arbeit ist. Mit dem Ausscheiden der Bundeskanzlerin verliert die Präsidentin eine enge Verbündete. Politico, das führende Magazin für EU-Angelegenheiten, das von der Leyen im Allgemeinen wohlgesonnen ist, wies kürzlich darauf hin, dass die Kommissionspräsidentin in ihrer

eigenen Partei, der CDU/CSU-Gruppe, die den Kern der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament bildet, nicht unpopulär ist. Die Brüsseler Zeitung vermutet, dass Laschet im Falle seiner Niederlage in Emmanuel Macron einen Verbündeten auf EU-Ebene finden wird.

Als Zeichen der Bewegung in der europäischen Politik haben die Sozialdemokraten in Straßburg vor Wochen den Ausgang der deutschen Wahlen zum entscheidenden Faktor für den nächsten Präsidenten des Europäischen Parlaments gemacht. Die Position war bisher fest in der Hand der EVP, aber die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion, Iratxe García Pérez, hat sich für eine mögliche Entthronung mit der Begründung der „Umgestaltung der politischen Landkarte Europas“ ausgesprochen.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) NATO eröffnet Kriegshauptquartier in Ulm

19. 09. 2021



Bildquelle: ReactNieuws

Mit dem Ziel, den militärischen Vormarsch auf Russland zu unterstützen, hat die NATO im baden-württembergischen Ulm ein Kriegshauptquartier eröffnet. Die Ulmer Wilhelmsburg-Kaserne wurde vom Joint Support and Enabling Command (JSEC) übernommen, um von hier aus die Verlegung von NATO-Truppen und Ausrüstung in ganz Europa zu verwalten. Die Gründung der JSEC erfolgte 2018 vor dem Hintergrund des Machtkampfs zwischen den USA und Russland, der sich auch auf dem europäischen Kontinent abspielt. Das neue Hauptquartier wird bei Bedarf, also in Krisen- oder Kriegszeiten, bis zu 600 Soldaten beschäftigen.

Von diesem Punkt in Ulm aus kann die NATO ihre militärischen Aktivitäten wie Defender 2020, groß angelegte militärische Manöver in den Jahren 2020 und 2021, gut vorbereiten, um Russland weiter unter Druck zu setzen. Deutschland behält damit eine Schlüsselrolle

als zentraler Standort in der Mitte Europas und als wichtigster Vasallenstaat der USA, als Drehscheibe, Transitland und Kontrollraum für die militärischen Aktivitäten der NATO in Europa.

Quelle: [ReactNieuws](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) EU-Parlament sieht in der Aufnahme von Afghanen eine „moralische Verantwortung“

18. 09. 2021



Afghanen, die ihr Land nach der Machtübernahme der Taliban verlassen wollen, versammelten sich am 19. August 2021 auf dem Flughafen von Kabul - Foto: MTI/Magyar Nemzet

EP fordert auch Annahme des umstrittenen Migrationspakts

Während mehrere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bereits ihre Grenzen für illegale Migranten geschlossen haben oder dabei sind, dies zu tun, hat das Europäische Parlament am Donnerstag eine Resolution angenommen, in der es heißt, dass die Aufnahme von Migranten aus Afghanistan eine „moralische Verantwortung“ sei.

Am Donnerstagnachmittag hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit (536 Ja-Stimmen, 96 Nein-Stimmen und 50 Enthaltungen) eine Entschließung zu Afghanistan angenommen, die folgende Aussage enthält:

„Afghanen haben ein Grundrecht, in anderen Ländern Asyl zu suchen, daher müssen koordinierte Evakuierungsmaßnahmen so schnell wie möglich fortgesetzt werden. Nach Ansicht des EP müssen Abschiebungen nach Afghanistan ausgesetzt werden.“

Laut der EntschlieÙung des Gremiums ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der afghanischen Asylbewerber in den Nachbarländern internationalen Schutz suchen wird, so dass die EU auch die Nachbarländer Afghanistans unterstützen muss. Die finanzielle, logistische und kapazitätsbildende Unterstützung der EU-Mitglieder für die betreffenden Staaten könne jedoch keine Alternative zur einseitigen Flüchtlingspolitik der Union sein.

Das Europäische Parlament fordert daher die Mitgliedstaaten auf, den von der Europäischen Kommission vor einem Jahr angekündigten Migrationspakt rasch zu verabschieden, der weitere Millionen von Migranten nach Europa bringen könnte. Der Migrationspakt hat im zuständigen Ministerrat noch keine ausreichende Unterstützung gefunden, da er von mehreren Mitgliedstaaten – darunter auch Ungarn – als Hintertür für die Einführung verpflichtender Aufnahmequoten angesehen wird.

In Bezug auf die Migrationsdimension der Krise heißt es in dem Dokument des Europäischen Parlaments auch, dass „die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten eine humane Asylpolitik fördern müssen: Die EU hat eine moralische Verpflichtung zur Aufnahme und Integration; das im September anstehende (freiwillige) Umsiedlungsforum der internationalen Gemeinschaft ist zu begrüÙen; die Mitgliedstaaten sollten auch anhängige, kürzlich bearbeitete und abgelehnte Anträge im Lichte der jüngsten Ereignisse erneut prüfen“.

Unter den ungarischen Europaabgeordneten stimmten die Abgeordneten der regierenden konservativen Fidesz gegen die Entscheidung, während sich die Vertreter von Momentum und MSZP der Stimme enthielten. DK-Politiker haben nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Vor der Abstimmung erklärte die Fraktionsvorsitzende der Fidesz im Europäischen Parlament, Kinga Gál, gegenüber Magyar Nemzet, dass das Europäische Parlament die Verabschiedung eines Dokuments zur Förderung der Migration vorbereite.

„Wie im Jahr 2015 sind die Stimmen im Europäischen Parlament, die sich für die Migration aussprechen, nach wie vor bedeutend. Sie scheinen auch stärker zu werden“, sagte sie und fügte hinzu: „Das schlimmste Szenario ist, dass Europa jetzt unverantwortlich Einladungen an Millionen Menschen verschickt und sie verteilen will.“

Am Mittwoch sprach sich auch Ursula von der Leyen in ihrer üblichen Rede zur Lage der Europäischen Union dafür aus, dass Europa seine Türen für Afghanen öffnen sollte.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Griechischer Europaabgeordneter: Nur die Visegrád-Vier-Länder betreiben eine gute Migrationspolitik

18. 09. 2021



Emmanouil Fragkos (ECR-Fraktion im Europäischen Parlament) - Foto: Twitter

Emmanouil Fragkos glaubt, dass solange die Europäische Kommission links ist, alle Länder, die ihre Aufträge erfüllen, Probleme mit illegaler Migration haben werden

Die derzeitigen Maßnahmen der Europäischen Kommission im Bereich der Migrationspolitik berücksichtigen nicht das Wohl der griechischen Bürger, so der griechische Europaabgeordnete Emmanouil Fragkos, der Mitglied der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR) ist.

In einem Interview mit dem polnischen katholischen *Radio Maryja* erklärte er, dass es für Griechenland unmöglich sei, allen illegalen Migranten Asyl zu gewähren und ihnen zu erlauben, sich auf griechischem und europäischem Boden aufzuhalten.

Der Europaabgeordnete betonte, dass die linke Regierung seines Landes die illegale Migration ineffizient bekämpfe und gegenüber der Europäischen Kommission nicht durchsetzungsfähig sei.

„Die einzigen Länder, die eine gute Migrationspolitik betreiben, sind die Visegrád-Vier. Polen und Ungarn handeln richtig, obwohl sie von der Europäischen Kommission dafür angegriffen werden“, sagte er.

Fragkos glaubt, dass Europa vor einer weiteren Migrationskrise steht. Er zog Vergleiche zwischen der aktuellen Krise an der polnisch-weißrussischen Grenze und der Situation zwischen Griechenland und der Türkei. Der türkische Präsident Erdogan hatte Migranten nach Griechenland gedrängt, um das Land unter Druck zu setzen und mehr Mittel von der Europäischen Kommission zu fordern. Weißrussland schickt aus ähnlichen Gründen Migranten in die baltischen Staaten.

„Dennoch schützt die polnische Regierung ihre Bürger. Wenn Griechenland eine ähnliche Politik wie Polen betreiben würde, müsste es keine Migrantenwelle fürchten. Leider ist das

nicht der Fall, und Polen befindet sich dank der Maßnahmen seiner Regierung in einer viel besseren Situation“, sagte er.

Der griechische Europaabgeordnete ist der Ansicht, dass alle Länder, die den Anweisungen der Europäischen Kommission folgen, Probleme mit illegaler Migration haben werden, solange diese linkslastig bleibt.

Die Kommission solle die Grenzen verstärken und den illegalen Migranten klarmachen, dass sie es nicht nach Europa schaffen, sondern nur ihr Geld an die Schmuggler verlieren werden.

„Wenn wir die ersten Versuche stoppen und sie wieder nach Hause schicken, geben wir ihnen ein klares Signal, dass es sich nicht lohnt, Versuche zu unternehmen, da sie keine Chance haben, in Europa zu bleiben“, sagte er.

Quelle: Radiomaryja.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Die EU will die kulturelle Vielfalt Europas „homogenisieren“

Von Mariann Öry

16. 09. 2021



Ein Europa der verschiedenen Völker und Traditionen – wenn diese Völker und Traditionen zufällig europäische Minderheiten sind – ist nicht das Europa, das die EU will

Die Europäische Kommission schaue bewusst weg, wenn es um nationale Minderheiten gehe, und dahinter stecke ein politisches Motiv, schrieb der ungarische Forscher Balázs Tárnok in einem Meinungsbeitrag für Newsweek.

Viele Europäer gehören einer kulturellen, sprachlichen oder ethnischen Gruppe innerhalb eines Mitgliedstaats an, die sich von der Mehrheit unterscheidet. Dies gilt beispielsweise für die baskische Bevölkerung in Spanien, die Ungarn in Rumänien und der Ukraine und die Sorben in Deutschland. Allzu oft fehlt es diesen Gruppen an Rechten und Schutz.

„Obwohl es in der EU mehr als 50 Millionen Menschen gibt, die ethnischen (nationalen oder sprachlichen) Minderheiten angehören, gibt es auf EU-Ebene keine spezifischen Rechtsakte, die sie schützen. Das Fehlen eines Mindestmaßes an EU-Vorschriften ermöglicht es den Mitgliedstaaten, ethnischen Minderheiten ihre früher erworbenen Rechte vorzuenthalten“, schreibt Tárnok.

Aus diesem Grund hat die Föderale Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) vor kurzem einen eindringlichen Appell an die EU-Organe zum Thema Minderheitenrechte gerichtet, der jedoch größtenteils ignoriert worden ist.

Die Europäische Kommission ignoriere die Probleme nationaler Minderheiten, weil sie nationale und regionale Besonderheiten unterdrücken und die Bevölkerung Europas homogenisieren wolle, erklärte Tárnok, Gastwissenschaftler an der Universität von Notre Dame, in einem Meinungsbeitrag, der in der amerikanischen Zeitschrift Newsweek unter dem Titel „Ignoring Minority Rights is Part of Brussels' Agenda to Homogenize Europe“ veröffentlicht wurde.

Er erinnerte daran, dass die Kommission in den letzten Jahren ihre Position als Hüterin verschiedener Verträge selektiv ausgenutzt hat, um Gerichtsverfahren einzuleiten, in denen Verstöße gegen „gemeinsame“, aber dennoch irgendwie exklusive EU-Werte behauptet wurden.

„In den letzten Jahren hat sich die EU-Kommission von ihrer ursprünglichen Rolle als unparteiische „Hüterin der Verträge“ entfernt und missbraucht nun das Konzept der gemeinsamen EU-Werte. Die Brüsseler Behörde leitet nur bei Verstößen gegen bestimmte Werte rechtliche Schritte ein, während die Verletzung anderer, für Brüssel weniger wichtiger Grundsätze völlig ignoriert wird“, schreibt der ungarische Forscher.

Der Ausschuss, so Tárnok, verweist regelmäßig auf mangelnde Kompetenz, auf die eigene Hilflosigkeit, wenn nationale Minderheiten geschädigt werden, aber wenn er sich zum Beispiel für die LGBTQ-Minderheit einsetzen will, verschwinden die genannten Hindernisse plötzlich.

„Die EU-Kommission hat kürzlich sowohl gegen Ungarn als auch gegen Polen Vertragsverletzungsverfahren wegen angeblicher Verletzungen der Rechte von LGBTQ+ eingeleitet. Während Brüssel sich für die Rechte von LGBTQ+ Menschen einsetzt, ignoriert es weiterhin die Herausforderungen, mit denen andere Minderheiten, insbesondere ethnische Minderheiten, konfrontiert sind. Die Nichtverteidigung ethnischer Minderheiten ist Teil der Agenda der Kommission zur Unterdrückung nationaler und regionaler Besonderheiten in Europa und zur Homogenisierung der Bevölkerung“, schrieb er.

Tárnok zufolge zerstört Brüssel durch die Vernachlässigung der nationalen Minderheiten die wahre, ererbte kulturelle Vielfalt Europas und verstößt damit gegen die Absichten seiner Gründerväter. Die FUEN forderte im Anschluss an die Konferenz über die Zukunft Europas,

den Schutz nationaler und sprachlicher Minderheiten in die Gründungsverträge der Europäischen Union aufzunehmen. Der größte europäische Minderheiten-Dachverband unter dem Vorsitz von Vincze Loránt, Mitglied des Europäischen Parlaments für die Demokratische Allianz der Ungarn in Rumänien (RMDSZ), beschloss diese Strategie auf seinem Kongress in Triest, der am Sonntag zu Ende ging. Ihrer Ansicht nach muss in den EU-Verträgen klargestellt werden, dass die Kopenhagener Kriterien nicht nur für die Beitrittskandidaten verbindlich sind, sondern dass ihre Einhaltung eine ständige Verpflichtung für alle Mitgliedsstaaten darstellt.

Die FUEN forderte die Europäische Kommission auf, die Überwachung der Situation nationaler und sprachlicher Minderheiten vollständig in den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zu integrieren und die Mitgliedstaaten durch den Austausch bewährter Verfahren im Bereich des Minderheitenschutzes zu unterstützen. Es wurde auch festgestellt, dass es bisher keine kohärente EU-Minderheitenschutzpolitik gibt.

Titelbild: Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sitzt vor der Sitzung des Kollegiums der Kommissare im Europäischen Parlament in Straßburg, Ostfrankreich, Dienstag, 14. September 2021. (Julien Warnand, Pool Photo via AP)

MAGYAR HÍRLAP

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Die EU an der Wende zu ihrem Ende

Von Redaktion

15. 09. 2021



Der globale Handel beruht seit jeher auf dem Prinzip, irgendwo billig einzukaufen und woanders teuer zu verkaufen. Nur so kann man schnell reich werden. Waren es in der Vergangenheit hauptsächlich Luxusartikel, so sind es heutzutage praktisch alle Güter des täglichen Bedarfs, oder Baugruppen für Produkte wie zum Beispiel elektronische Bauelemente, die global dank günstiger Frachtraten herumgeschippert werden. Ein Transport von Shanghai nach Hamburg fiel kostenmäßig bisher fast nicht ins Gewicht. Hinzu kommt, dass die Logistik in den Häfen vollautomatisch abläuft. Irgendwelche Bedenken hinsichtlich der mit Schweröl (also dem letzten Dreck, der aus der Raffinerie herauskommt) fahrenden Schiffe gibt es trotz sonstigen CO2-Getöns nicht. Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, dass beispielsweise Greenpeace gegen die Verschmutzung der Ozeane durch den Schiffstransport allzu lautstark protestiert hätte. Auch von Seiten der Greta-Glaubensgemeinschaft hat man noch nichts in dieser Richtung gehört.

Die Kostenvorteile asiatischer Exporteure ergeben sich einerseits aus den viel niedrigeren Löhnen, die wieder durch allgemein niedrigere Lebenshaltungskosten möglich sind, als auch durch die niedrigeren Standards für den Umweltschutz oder der Sozialsysteme.

Die Einfuhrzölle in Europa sind vergleichsweise viel zu gering, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Beispielsweise sind Produkte wie Handys und Smartphones, Notebooks, Tablets, USB-Sticks und Spielekonsolen von Einfuhrzöllen befreit. Alle anderen technischen Geräte sind im Schnitt mit etwa 10% Zoll belastet (www.import-shopping.de/zoll-und-steuern-bei-china-bestellungen/). Kein europäischer Produzent kann mit solchen Preisen

mithalten. Umgekehrt wurden auf diese Tour europäische Arbeitsplätze nach Asien exportiert, bzw. noch bestehende europäische Firmen müssen mit der asiatischen Konkurrenz vor allem durch Lohndumping mithalten.

Bis jetzt wurde auch nicht bekannt, dass unsere Linksparteien, die ja angeblich die Interessen deutscher Arbeitnehmer vertreten, gegen diese mörderische Konkurrenz Stellung bezogen hätten. Dass heutzutage Millionen Deutsche von ihrer Vollzeitbeschäftigung nicht leben können, ist auch der Konkurrenz mit asiatischen Billiglöhnen zu danken.

Allerdings hat diese Situation noch einen anderen, aktuellen Aspekt:

Komplexere Produkte wie Autos oder Waschmaschinen, aber auch einfachere Produkte wie zum Beispiel Fahrräder bestehen heutzutage aus Zulieferteilen aus aller Herren Länder. Diese Unterteile sind jetzt angeblich [coronabedingt nicht mehr lieferbar](#). Besonders grotesk ist wohl, dass selbst [Fahrräder von Lieferengpässen betroffen sind](#). Bei Fahrrädern und deren Ersatzteile gibt es derzeit monatelange Lieferverzögerungen. In Deutschland könnten bis zu sechs [Millionen Autos wegen dem Mangel an Chips nicht gebaut werden](#).

Insgesamt wird für Deutschland im laufenden Jahr ein Minus von 5% wegen den angeblichen, coronabedingten Lieferengpässen erwartet (www.dvz.de/rubriken/politik/detail/news/forscher-rechnen-mit-hohen-verlusten-fuer-die-volkswirtschaft.html). Der Gesamtschaden soll bei 25 Mrd. Euro liegen.

Immer wieder gibt es Meldungen, dass diese oder jene Fabrik, oder sogar ganze Häfen in China (siehe kurier.at/wirtschaft/erneut-hafen-schliessung-in-china-nach-coronafall/401469724) wegen [angeblicher Coronafälle geschlossen](#) werden. Man kann getrost davon ausgehen, dass die Coronafälle nur instrumentalisiert werden. Speziell die Häfen arbeiten vollautomatisch und können zumindest zeitweise ohne menschliche Intervention weiterarbeiten.

Möglicherweise hat die Versorgungskrise ganz andere Ursachen!

Viel wahrscheinlicher ist es, dass China seine marktbeherrschende Position jetzt dazu benutzt, den europäischen Importeuren die Daumenschrauben anzusetzen. Diese haben sich nämlich langfristige Lieferverträge mit niedrigen Preisen ausgehandelt, die jetzt möglicherweise selbst China zu niedrig sind. China könnte versucht sein, solche Verträge wegen „höherer Gewalt“ zu kippen! Europa hätte dem nichts entgegenzusetzen, da es kurzfristig unmöglich ist, die einmal verlagerte Produktion von High-Tech-Produkten, insbesondere der [Chipindustrie, wieder nach Europa zurückzuholen](#). Manche „Experten“ sehen für eine europäische Chipindustrie sowieso schwarz, weil in Europa für eine Chipindustrie der Markt zu klein sei! **Wahrscheinlich wird dabei bereits vorweggenommen, dass nach der Wahl in Deutschland der Fokus in diesem Land auf der Entwicklung und Produktion von Lastenräder liegen wird!**

Die EU beschäftigt sich lieber mit der unsinnigen „Energiewende“, um die europäische Wirtschaft zusätzlich an allen Gliedern zu lähmen, anstatt sie strukturell zu stärken!

Die EU ist (noch) der größte Wirtschaftsraum der Welt, muss sich aber von der größten nationalen Volkswirtschaft der Welt an der Nase führen lassen. Zwar baut China auch Windräder oder Photovoltaikanlagen (warum eigentlich nicht?), aber genauso Kohle- und

Atomkraftwerke, die Deutschland gerade abschaltet. Der chinesische Pragmatismus wird über die linksgrüne Verbohrtheit der EU siegen! Das Wahlergebnis in Deutschland wird diesen Trend leider noch verstärken!

Befindet sich Europa in einer Art Kulturrevolution, die China vor 50 Jahren überwand?

China hat aus seinen eigenen Erfahrungen mit dem dogmatischen Kommunismus während der Kulturrevolution gelernt, wohin ideologische Verbohrtheit führt. Speziell Deutschland hätte auch eine jahrhundertelange Erfahrung mit ideologischen Verirrungen, mit denen es sich selbst am meisten geschadet hat. Jedoch wird man hierzulande frei nach Karl Kraus durch Erfahrung immer dümmmer. Wieder einmal wird eine Idee, die anfänglich ja nicht so falsch war, ins perverse übertrieben und dadurch ad absurdum geführt. Letztlich kommt es nicht nur darauf an, ob eine Idee gut oder schlecht ist, sondern auch darauf, mit welchem Maß sie umgesetzt wird.

- Beispielsweise kann man für sozialstaatliche Einrichtungen (wieder in Maßen) sein, ohne deshalb Sozialist oder Kommunist zu sein.
- Man kann für den Welthandel eintreten, ohne deshalb für einen exzessiven, zerstörerischen Globalismus zu sein.
- Man kann für alternative Energien sein, ohne deshalb für eine Energieversorgung auf der alleinigen Basis intermittierender Stromerzeuger zu setzen.
- Man kann Nationalist sein, ohne deshalb Nationalsozialist zu sein.
- Man kann für die Gleichberechtigung von Mann und Frau eintreten, ohne deshalb dem Genderwahn zu verfallen.
- Man kann religiös sein, ohne deshalb ein religiöser Fanatiker zu sein.
- Man kann gegen die Diskriminierung irgendwelcher sexueller Minderheiten eintreten, ohne deshalb solche Praktiken zum Normalfall zu erklären.
- China hat es hingegen geschafft als kommunistischer Staat den Kapitalismus wieder einzuführen

Diese Liste lässt sich endlos weiterführen. Die herrschenden Machteliten in Europa haben in allem und jedem jegliches Maß und Ziel verloren und treiben jede Idee bis zum Exzess und führen sie dadurch ad absurdum. Letztlich schadet sich die EU und da wieder vor allem Deutschland wirtschaftlich am meisten. Ein wirtschaftlich starkes Deutschland ist aber die Zentripedalkraft, die die EU zusammenhält. Ruiniert sich Deutschland selbst, ruiniert Deutschland auch die EU. Die ost- und südeuropäischen Länder haben ohne dem wirtschaftlich starken Deutschland keine Motivation mehr, in der EU zu verbleiben. Man wird sich lieber, wie derzeit schon Ungarn, mehr und mehr an China orientieren.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER